

5 Strategien für eine faire Zukunft

Viele gute Initiativen sind bereits angelaufen und müssen gestärkt werden. Eine neue Perspektive, die Demokratie, Ökologie und Menschenrechte untrennbar miteinander verknüpft, kann helfen, in einer tatsächlich transformativen Art und Weise Fortschritte zu erzielen und nicht im «Business as usual» und in schrittweisen Veränderungen steckenzubleiben. Die Kernprobleme können nicht mit dem Blick nur auf Teilbereiche gelöst werden. Machtverhältnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen müssen angegangen werden, um sich von der hegemonialen Vorstellung zu verabschieden, dass liberale Märkte menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen. In diesem Kontext zielt die Ressourcenpolitik darauf ab, mehr Gerechtigkeit zu erreichen, wenn folgende Fragen beantwortet werden: Wer kontrolliert, wer besitzt, wer hat Zugang zur Natur, und wer entscheidet darüber? Eine wahrhaft transformierende Agenda erfordert einen fundamentalen Wandel der Ökonomie in Bezug auf Produktion, Konsum und Lebensstile, inklusive der gleichwertigen Anerkennung ihrer bisher nicht marktwirtschaftlich erfassten und ausgegrenzten Bereiche wie der Pflege- und Betreuungsarbeit («care economy»). Ressourcenpolitik kann helfen, die Wege dorthin zu gestalten.

Dieses Memorandum versucht nicht, ein globales Lösungskonzept anzubieten. Es zeigt lediglich eine neue und gemeinschaftliche Perspektive sowie einige mögliche Bereiche der Intervention auf. Das Memorandum konzentriert sich dabei auf die internationale Ebene. Jede Region wird feststellen müssen, welcher Ansatz am besten geeignet ist, ihre spezifischen Herausforderungen anzupacken, und welche Allianzen für den gewählten Ansatz erforderlich sind.

«Wir sind der Ansicht, dass es angemessener ist (sowohl konzeptionell als auch politisch), von «Territorium» zu sprechen anstatt von der grundlegend reduktionistischen Vorstellung von «Ressourcen». Das Territorium-Konzept ermöglicht es uns, die dynamischen Dimensionen (sozialer, geografischer, kultureller und ökonomischer Natur), die sich im lokalen Kontext zeigen, besser zu verstehen.»

Malik Fercovic, Recaredo Alberto Gálvez Carrasco, María Cecilia Reeves,
Betzabet Morero, Ana Di Pangraccio, Maiana Teixeira und Cintia Barenho
Delegierte der Zukunftswerkstatt Cono Sur

Die hier vorgeschlagene neue Perspektive ähnelt einem Geflecht oder einem komplexen System. In Lateinamerika läuft eine lebhaft Debatten über «Territorien» (Spanisch und Portugiesisch: «territorio»), die seitdem auch in anderen Regionen

und Sprachen aufgegriffen worden ist (Französisch: «territoire», Italienisch: «territorio»). Ein einheitlicher Begriff hat sich jedoch noch nicht überall durchgesetzt. Die Begriffe «community land» oder «ancestral land» in Afrika unterscheiden sich vom Begriff «Territorien». Der «Territorium»-Ansatz impliziert, dass jede Region aus komplexen Wechselwirkungen zwischen der Natur, den Menschen, den Interessen, den Machtverhältnissen und den Kulturen besteht, die ihrerseits stets von «externen» Akteurinnen und Akteuren sowie Interessen beeinflusst werden. Der Weltmarkt und geopolitische Beziehungen zwischen Staaten und Regionen sind ebenfalls Geflechte und komplexe Systeme, die von Konflikten, Kämpfen und Machtverhältnissen geprägt sind. Diese Konflikte interagieren mit den Territorien und beeinflussen sie. Nur wenn man dieses Geflecht aus dem Blickwinkel von Menschenrechten, Demokratie, Kultur und ökologischer Gerechtigkeit betrachtet, kann man mögliche Lösungen identifizieren, die sowohl nachhaltig als auch gerecht sind.

Ressourcenpolitik spielt sich auf allen politischen Ebenen ab – international, national, regional und lokal –, wo jeweils unterschiedliche strategische Herausforderungen zu meistern sind. In Anbetracht dessen zeigt dieses Memorandum drei fundamentale Wege nach vorn auf. Sie sind die Grundlage für eine ressourcenpolitische Strategie, die nach lokalen und regionalen Bedürfnissen und Umständen angepasst und umgesetzt werden muss. Da Konflikte und Machtstrukturen sich auf nationalen und lokalen Ebenen unterscheiden, kann dieses Memorandum nur eine allgemeine Perspektive für den internationalen Kontext aufzeigen.

Es versucht dennoch, Schlaglichter auf ein paar konkrete Handlungsoptionen für die internationale und globale Ebene zu werfen. Internationale Institutionen wie die Organe und Konventionen der Vereinten Nationen, die multilateralen Entwicklungsbanken oder plurilaterale Regierungsklubs könnten – im Gegensatz zu dem, was sie heute überwiegend tun – günstige Rahmenbedingungen schaffen, um die Natur und die Menschenrechte zu achten, indem sie die Demokratie schützen. Die Auswirkungen eines solchen internationalen Regimes würden dann den nationalen und lokalen Kontext inspirieren und anleiten. Eine Voraussetzung für diese Strategien ist, dass die unterschiedlichen Strukturen der Macht im Geflecht der Territorien auf allen Ebenen zunächst analysiert, verstanden und sichtbar gemacht werden müssen, um Lösungen zu entwickeln, die die bestehenden Machtstrukturen nicht zementieren, sondern verändern.

a) Den Rechten von Menschen und der Natur Vorrang vor Märkten und Profiten geben und Menschen befähigen, ihre Rechte zu behaupten und einzufordern

Die bestehenden rechtlichen Rahmen, besonders hinsichtlich Menschen- und Umweltrechten, sehen auf dem Papier häufig nicht schlecht aus. Das Nagoya-Protokoll über «Access and Benefit Sharing» (Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile), das Prinzip des «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC, Freie, frühzeitige und informierte Zustimmung) für indigene Völker, Leitlinien für

Unternehmen zur Sorgfaltspflicht und Transparenzvorschriften sind gute Beispiele dafür, welche Fortschritte Zivilgesellschaft, Gemeinschaften und soziale Bewegungen nach jahrelangen Kämpfen in jüngerer Zeit erzielt haben. Das Problem ist, dass viele dieser Rechte (und Pflichten) für einen großen Teil der Weltbevölkerung nur auf dem Papier bestehen. Sie müssen gestärkt werden. Menschen müssen ihre Rechte kennen und brauchen Information. Dies würde sie in die Lage versetzen, wann und wo immer nötig ihre Rechte vor Gericht einzufordern. Wenn Menschen sich in vollem Umfang beteiligen, wenn ihre Stimme gehört und ihre Interessen anerkannt werden sollen, müssen sie wissen, was auf dem Spiel steht. Dazu gehören Fragen mit nationalen, internationalen oder globalen Auswirkungen.

Gemeinschaften, Individuen, soziale und Umweltbewegungen in der ganzen Welt protestieren bereits gegen große Bergbauprojekte, kämpfen für das Menschenrecht auf Wasser, wehren sich gegen Landraub und bestehen auf ihrem Recht auf Zugang zu Informationen und Zustimmung zu Großprojekten. Ihre Regierungen haben häufig internationale Abkommen unterzeichnet, die Menschenrechtsverletzungen unmöglich machen sollten. Allerdings handelt es sich dabei in vielen Fällen nur um Worte auf Papier. Die für ihre Durchsetzung zuständigen Institutionen sind entweder zu schwach oder fehlen gänzlich. Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit sind selbst häufig schwierig zu erreichen. Gerichte und Gesetze spiegeln die ungleichen Machtverhältnisse in der Gesellschaft wider, die sie hervorgebracht hat. Empowerment, der Aufbau von Institutionen und das Einklagen von Rechten müssen zeitgleich erfolgen, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Im Kontext der Ressourcenpolitik könnte dies bedeuten, lokale Gemeinschaften zu befähigen, ihre (individuellen und kollektiven) Rechte auf Land, Wasser, Wälder, genetische Ressourcen, traditionelles Wissen usw. gegenüber den Interessen von Konzernen und Regierungen vor Gericht zu behaupten und geltend zu machen. Dafür sind juristische Innovationen nötig, neue Systeme von Eigentumsrechten jenseits bestehender Formen. Eine solche Strategie muss extrem sensibel hinsichtlich bestehender und potenzieller Konflikte innerhalb und zwischen Gemeinschaften und einzelnen Mitgliedern der Gemeinschaft sein.

«Die Dynamik, Menschen wieder mehr Macht zu geben und ihre Verbindung zu natürlichen Ressourcen wiederherzustellen, ist heute unausweichlich. Wenn das Bewusstsein vom Recht der Menschen auf natürliche Ressourcen geweckt wird, ist dies die Grundlage für eine Welle von Veränderungen, die eine gut informierte und aktive kritische Masse von Menschen schaffen wird. Diese wird auf Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Druck ausüben, ihre Politiken unter nachhaltigeren und integrativeren Gesichtspunkten zu gestalten.»

Muna Dajani

Delegierte der Zukunftswerkstatt Naher Osten, Nordafrika und Türkei

Die (internationalen) multilateralen Institutionen sollte Richtlinien einführen, die den Rahmen für Umwelt, Menschenrechte und Demokratie im nationalen Recht und für lokale Initiativen darstellen, einschließlich extraterritorialer Verpflichtungen. Dies bedeutet, dass Staaten sehr wohl gewährleisten müssen, dass die Unternehmen ihres Landes die Menschenrechte in anderen Ländern achten, schützen und erfüllen. Wenn beispielsweise Investitionen europäischer Firmen zu Menschenrechtsverletzungen in Drittländern führen oder dazu beitragen, haben lokale Gemeinschaften häufig weder die Mittel noch die institutionellen Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Die Verantwortung von Staaten für Geschehnisse außerhalb ihres Territoriums sind in den Weltregionen von besonderer Bedeutung, in denen die demokratischen Räume schrumpfen.

Deswegen sollte eine Menschenrechtsklausel in Vereinbarungen über Ressourcenpartnerschaften, Investitionen und Handel aufgenommen werden, die sich stark von der heute in vielen Handelsabkommen bestehenden unterscheidet. Heute geht es in der Menschenrechtsklausel lediglich um Bestrafung im Falle «unfairer» Produktionsweisen, die letztlich einen der Handelspartner benachteiligen. Dies bedeutet, dass Land A den präferenziellen Marktzugang des Landes B widerrufen (oder einschränken) kann, wenn der Handelspartner (Land B) die Menschenrechte nicht achtet (z.B. Produkte mit Kinderarbeit herstellen lässt) und deshalb das Produkt zu einem niedrigeren Preis anbieten kann als Land A. Eine neue und tatsächlich anwendbare Menschenrechtsklausel in Handels- und Investitionsabkommen sollte sich auf das Abkommen selbst beziehen und prüfen, ob die Entwicklungen unter dem Abkommen zu Menschenrechtsverletzungen führen. Dies wäre eine ernstzunehmende Anerkennung extraterritorialer Menschenrechtspflichten.

«Die jeweiligen Regierungen müssen einen politischen und rechtlichen Rahmen entwickeln, der sämtliche Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf einen fairen Anteil an den natürlichen Ressourcen, Rechte auf angemessene Kompensation im Falle der Beeinträchtigung durch Ressourcenabbau und den Schutz unserer Umwelt gewährleistet.»

Erick Owino Onduru, Tamiru Sisay Misganaw und Florentina Julius Kideka
Delegierte der Zukunftswerkstatt Ostafrika und Horn von Afrika

Von den «Voluntary Guidelines for Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests» (Freiwillige Leitlinien für die verantwortungsvolle Regelung der Nutzungs- und Besitzrechte an Land, Fischgründen und Wäldern) – die im Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) entwickelt wurden – kann man sowohl durch ihr Zustandekommen wie auch als Ergebnis viel lernen. Diese Leitlinien sind besonders deswegen bemerkenswert, weil bei ihrer Verhandlung und Entwicklung ein höchst inklusiver Prozess zum allerersten Mal die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft auf UN-Ebene ermöglichte. Ein weiterer wichtiger Grund ist die umfassende Menschenrechtsperspektive des Dokuments. Deswegen erfahren die Leitlinien starke Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft in der ganzen Welt.

Das Hauptziel der Leitlinien ist wie folgt formuliert: Sie «streben danach, die Governance der Nutzungs- und Besitzrechte über Land, Fischereien und Wäldern zugunsten aller zu verbessern, mit einem Schwergewicht auf gefährdete und marginalisierte Menschen, mit den Zielen der Ernährungssicherheit und der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf ausreichende Nahrung, Beseitigung der Armut, nachhaltige Existenzgrundlagen, soziale Stabilität, sicheren Zugang zu Wohnraum, Entwicklung des ländlichen Raums, Schutz der Umwelt sowie nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Alle Programme, Politiken und technische Unterstützung zur Verbesserung der Governance der Nutzungs- und Besitzrechte durch die Umsetzung dieser Leitlinien sollen mit den bestehenden Verpflichtungen von Staaten unter dem Völkerrecht, einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer Völkerrechtsinstrumente zu den Menschenrechten, konsistent sein.»

Ogleich die Leitlinien freiwilliger Natur sind, beziehen sie sich immer wieder auf den rechtlichen Rahmen der Menschenrechte, der für alle Unterzeichnerstaaten bindend ist. Er stärkt die politische Durchsetzung der Leitlinien. Doch keine Vereinbarung (auch kein Gesetz) setzt sich von selbst durch. Öffentlicher Druck, Mobilisierung und Organisierung sind nötig, um die positiven Vorschriften zu implementieren oder durchzusetzen. Sie sind nötig, um jegliche Vereinbarung (auch jegliches Gesetz) mit Leben zu erfüllen und als Triebkraft für den sozialen Wandel fungieren zu lassen. Aus diesem Grund verleiht nur ein integrierender Prozess die nötige Kraft zur Umsetzung und Verwirklichung, wenn er also die Zivilgesellschaft darauf verpflichtet, einen gewissen politischen Rahmen zu nutzen oder ein bestimmtes Gesetz durch Kämpfe vor Ort zu unterstützen.

b) Die Machtkonzentration stoppen und Zugang zu sowie Kontrolle über natürliche Ressourcen, Finanzkapital und Technologien wieder in die Hände der Menschen legen

Nicht nur die Größe von Unternehmen ist problematisch («too big to fail and jail»), sondern auch das Geschäftsmodell selbst, das dem Profit Vorrang vor den Menschen einräumt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre, wirtschaftliche Macht und die Vereinnahmung der Politik durch die Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu verfolgen und offenzulegen. Dies erfordert Recherchen, Interessenvertretung und letztendlich auch Gerichtsverfahren.

Heute besteht die größte Konzentration von Macht in der Akkumulation von Finanzkapital. Finanzinstitutionen und Banken (private wie öffentliche) sind Schlüsselakteure bei Großinvestitionen in Ressourcen (Land, Bergbau, fossile Energieträger usw.). Sie spielen auch eine Schlüsselrolle, wenn politische Eliten öffentliche Gelder veruntreuen und in Steueroasen verbergen. Ressourcenpolitik muss Hand in Hand gehen mit einer Regulierung der Finanzmärkte, Steuergerechtigkeit (einschließlich einer Finanztransaktionssteuer), einem Verbot von Geldwäsche und anderen Maßnahmen. Das Ziel ist, sowohl die finanzielle Macht (Einkommen wie Eigentum) umzuverteilen als auch unmöglich zu machen, dass Einzelne politische

Entscheidungen zu ihren Gunsten kaufen. Eine Besteuerung des Ressourcenabbaus würde Entwicklungsländern Steuereinnahmen bringen und sollte den jeweiligen Territorien und Menschen zugute kommen. Verbindliche Regulierungen bezüglich Transparenz der Einnahmen in der Rohstoffwirtschaft, wie sie in den USA und Europa eingeführt worden sind, sind ein sehr kleiner erster Schritt in die richtige Richtung und sollten erweitert werden, um die gesamte Wertschöpfungskette sowie andere Sektoren mit zu umfassen. Die Tatsache, dass solche Gesetze schwierig durchzudrücken waren und gegenwärtig auf den erbitterten Widerstand der Industrie stoßen, macht deutlich, dass sie einen Eckpfeiler des Geschäftsmodells der Industrie bedrohen.

«Die Offenlegung von Zahlungen reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die Transparenz und Regeltreue ausländischer Investitionen in Chinas Rohstoffsektor zu gewährleisten. Wir sind der Ansicht, dass die chinesischen Rohstoffunternehmen parallel zu ihren bestehenden CSR-Berichten separate Antikorruptions-Compliance-Berichte herausgeben sollten, um ihre diesbezüglichen Aktivitäten offenzulegen: von Vorbeugung und Aufdeckung bis hin zu Bestrafung im Falle illegaler Zahlungen und der Nichterfüllung von Vorschriften.»

Ting Xu

Delegierte der Zukunftswerkstatt Südostasien und China

Im Kampf gegen die Übermacht der Märkte ist der Widerstand gegen die Einführung oder Ausweitung von neuen Marktausgleichsinstrumenten im Naturschutz von Bedeutung. Angeblich schützen sie die Natur, aber in der Realität ermöglichen sie – häufig mit der Unterstützung von Finanzmarktakteuren – denjenigen, die das Geld haben, sich vom Gesetz freizukaufen und «Business as usual» zu betreiben. Eines der wichtigsten Foren für den Widerstand gegen diese falsche Lösung ist die internationale Klimapolitik. Dort gefährdet die Ausweitung des CO₂-Handels und die Idee, in Pflanzen und Böden gespeicherten Kohlenstoff als Ausgleich für Emissionen aus fossilen Energieträgern einzubeziehen, die Integrität des Klimaregimes wie auch lokale Existenzgrundlagen und Rechte, besonders durch die Einhegung der letzten verbleibenden Commons (Wälder, Land, Wasser usw.).

Außerdem sollten diejenigen Unternehmen in den Blickpunkt gerückt werden, die versuchen, die Kontrolle über Biomasse, genetische Ressourcen und die Technologien für die «Grüne Ökonomie» der Zukunft zu erlangen. In dieser Hinsicht ist es von großer Bedeutung, sich für offen zugängliche Technologien und Saatgut einzusetzen – ein weiterer Kampf gegen die moderne Einhegung von Gemeingütern. Handelsbezogene Aspekte von Patenten werden in Handels- und Investitionsabkommen unter dem TRIPS-Übereinkommen (Handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums) geregelt. Keine Regulierung unter TRIPS sollte den freien Zugang von Produzentinnen und Produzenten zu Saatgut und anderen Technologien beeinträchtigen. Menschenrechtliche Folgenabschätzungen sowie

Menschenrechtsklauseln, wie oben erwähnt, würden Probleme der Menschenrechtsverletzungen durch Patentregulierungen angehen.

«Indem Gemeinschaften ins Vertrauen genommen werden, entstehen wechselseitiges Vertrauen und Beziehungen durch fortlaufende Konsultation und Kommunikation bereits ab dem Beginn der Projekte. Gemeinschaften sollten über die Vorzüge, die Auswirkungen, den erwarteten Beitrag zur Entwicklung des Landes sowie die Vorteile, die die Projekte den betroffenen Gemeinschaften bringen werden, informiert werden.»

Mohammad Tawab Stanikzai
Delegierter der Zukunftswerkstatt Südasiens

Zwei Jahrzehnte, in denen sich Entwicklung und Einsatz von bestimmten Technologien im Kontext massiver Liberalisierung von Handel und Investitionen beschleunigt haben, haben die Menschheit in eine weitaus schlimmere Situation gebracht als zu der Zeit, als sogar das Konzept der nachhaltigen Entwicklung selbst noch in den Kinderschuhen steckte. Es ist Zeit, Technologien zu überdenken. Neue, hoch riskante Technologien, vom sehr kleinen (synthetische Biologie, Nanotechnologie) bis zum sehr großen (Geo-Engineering) Maßstab, entwickeln sich rasch. Ihre Befürworter versprechen, dass sie die Schlüssel zur Lösung des Klimawandels, des Welthungers, der Energieknappheiten und des Verlusts von Biodiversität in Händen halten. Bei Bestrebungen, die neuesten technologischen Pseudolösungen möglichst schnell einzusetzen, werden häufig das Vorsorgeprinzip sowie soziale und ökonomische Auswirkungen ignoriert. Die internationale Ebene muss Regeln für die strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips sowie eine transparente und partizipatorische Form der Technologiefolgenabschätzung festlegen.

c) Produktion, Konsum und Lebensgrundlagen hin zu sozial-ökologischer Gerechtigkeit transformieren

Die Gesellschaft kann sich nur dann erlauben, die Natur als in Hülle und Fülle vorhanden zu betrachten, wenn sie es wagt, ihre Wechselbeziehungen mit der Natur zu verändern. Zunächst einmal benötigen alle Menschen Zugang zu ihrem jeweiligen «fairen Anteil» an der Natur. Dies impliziert eine Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Generationen, Altersgruppen, Klassen usw. Dies wird nur dann funktionieren, wenn die globalen Mittel- und Oberschichten ihren Konsum radikal reduzieren, die Effizienz der Ressourcennutzung erhöhen und eine komplette Kreislaufwirtschaft etablieren. Neue Technologien können dabei helfen, aber sie werden niemals ausreichen und könnten sogar zu neuen Problemen führen.

Die reale Transformation, die an vielen Orten in der ganzen Welt stattfindet, kommt von unten, wobei Menschen die Kontrolle über ihre Wasserversorgung, Stromnetze und natürlichen Lebensräume wiedererlangen. In jüngerer Zeit und

zunehmend hinterfragen Menschen die Verfahrensweise und den Zweck der Produktion und schwächen so die Macht der privaten Konzerne und der Märkte. Dieser Wandel braucht Unterstützung. Immer mehr Menschen engagieren sich viel tiefergreifender und direkter im Bemühen, ihr eigenes Lebensumfeld mit unterschiedlichen Mitteln zu gestalten. Solche Mittel reichen von umfangreichen Mobilisierungen zur Blockade einer Mine und Massenprotesten auf den Straßen bis hin zum Aktivismus in sozialen Medien oder das Sammeln und Verteilen von Katastrophenhilfe außerhalb von Regierungskanälen. Diese Menschen nehmen ihre Existenz und ihre Grundrechte selber in die Hand. Bereits heute haben sich Millionen Menschen organisiert, um ihre Wälder und Fischereien zu verteidigen, lokale Nahrungsmittelkreisläufe neu zu erfinden, produktive Online-Gemeinschaften zu organisieren, öffentliche Räume wiederzuerobern und den verantwortungsvollen Umgang mit der natürlichen Umwelt zu verbessern. Sie entwickeln neue Vorstellungen von der tatsächlichen Bedeutung von «Fortschritt» und Governance. Ein großer Teil dieser Entwicklungen geschieht sozusagen unter dem Radar und ist für die globale Medienöffentlichkeit nicht sichtbar. Eine Stimme zu erlangen und ihr Gehör zu verschaffen ist dabei komplexer und schwieriger geworden, denn dafür braucht es neben ausgeklügelten Strategien für gleichzeitige politische Kämpfe innerhalb und außerhalb des herrschenden Systems auch das Agieren in mehreren Arenen, von lokal bis hin zu global.

«Obwohl unsere Diskussion zuweilen recht hitzig wurde und es manchmal schwierig war, sich auf unsere Aufgaben zu verständigen, waren wir uns über die meisten der Prinzipien einig. Lokalisierte Produktion von Waren und Energie, Abfall als Ressource, Wirtschaftsmacht als Bedrohung, übermäßiger Konsum und übermäßige Produktion als Symptome dieser Macht, ein demokratischerer und nachhaltigerer Dialog über Ressourcennutzung und -abbau auf dezentralisierter, aber auch auf internationaler Ebene und über den Erhalt grundlegender Menschenrechte und bürgerlicher Freiheiten sind für unser Streben nach Nachhaltigkeit allesamt entscheidend.»

Nora Feldmar, Dominika Gmerek, Sven Janowski und Johanna Sydow
Delegierte der Zukunftswerkstatt Europa

Auf der internationalen Ebene können Debatten über alternative Systeme für ökonomische Governance dazu beitragen, Konsummuster der globalen Mittel- und Oberschicht zu verändern, etwa durch die Sharing Economy und den Ansatz der Commons, deren Erfolg weniger von marktorientierter als von bedürfnisorientierter Produktion abhängig ist. Es geht nicht um Skaleneffekte, sondern um Diversifikationsvorteile; nicht BIP-Wachstum, sondern das Wohlergehen der Gesellschaft, der Menschen und der Natur sollen in die Orientierung der Politik und die Regulierung einfließen. Diese Ansätze im Kontext von Menschenrechten und Naturrechten würden aus sich heraus neue Formen der Produktion, des Konsums und des Handels hervorbringen.

Ein gutes Beispiel für die Möglichkeit von Wandel ist der globale Fleischkonsum, der zu Umweltdegradation, Armut und Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung führt. Obwohl es wichtig ist, dass Einzelpersonen ihren Lebensstil verändern, reicht dies bei weitem nicht aus. Auch aus der Perspektive der extraterritorialen Verpflichtungen handelt es sich dabei um eine Verpflichtung der EU, ihre Agrarpolitik bezüglich der industriellen Fleischproduktion zu verändern. Deren politische und finanzielle Unterstützung beeinträchtigt die Natur und die Menschenrechte.

«Die Ausrichtung der Ressourcengovernance muss verändert werden, von der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts hin zu einem integrativeren Ansatz, der Zusammenarbeit, soziales Kapital, soziales und mentales Wohlergehen und die Ambitionen der Menschen mit berücksichtigt, wie beispielsweise im GNH-Ansatz (Gross National Happiness, Bruttonationalglück) der Politikgestaltung in Bhutan.»

Divya Gupta und Pinaki Dasgupta
Delegierte der Zukunftswerkstatt Südasiens

Bestimmte Ressourcen und Territorien benötigen bestimmte Governance-Regime, die nicht notwendigerweise entweder öffentlich (vom Staat kontrolliert) oder privat sein müssen. Es gibt funktionierende Ressourcenmanagementsysteme auf Grundlage von Commons für Wasser, Nahrungsmittel, Saatgut, Wälder, Grasland und viele weitere Ressourcen und Wissenssysteme in der ganzen Welt. Sie reichen von lokalen bis zu regionalen Lösungen. Viele von ihnen stehen unter starkem Privatisierungs- und Einhebungsdruck durch Marktakteure. Tatsächliches Empowerment erfordert neue «Kulturen der Nachhaltigkeit», mit Werten jenseits des Konsumismus. Diese Kulturen konzentrieren sich stattdessen auf Teilen, auf Wiedererlangung oder Verteidigung von Commons und in vielen Teilen der Welt auf das Wiedererlernen des «Commoning» (Bewirtschaften von Gemeingütern).